

„Wir haben verstanden und kämpfen dafür, Rot-Rot abzulösen“

Die Bewertungen des Bundestagswahlergebnisses für die Berliner CDU reichten in der Union von unbefriedigend bis katastrophal. Letzte Umfragen sehen die Union in Berlin bei nur 20 Prozent. Die Berliner Rundschau sprach mit dem Landesvorsitzenden der Christdemokraten und Bundestagsabgeordneten Ingo Schmitt über die Situation der CDU in der Hauptstadt.

BR: Herr Schmitt, in weniger als 11 Monaten sind in Berlin wieder Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen. Hat die CDU überhaupt noch eine Chance?

Schmitt: Aber sicher, bei der katastrophalen Bilanz von Rot-Rot. Das Bundestagswahlergebnis war in der Tat kein Glücksmoment für uns. Aber wir haben in den Gremien der Partei bereits am Tag nach der Wahl mit der Einrichtung einer Strategie- und einer Findungskommission reagiert. Genauso wie mit der breit angelegten Diskussion in der Partei bin ich im Augenblick sehr zufrieden mit dem eingeschlagenen Weg, der mehr und mehr an Kontur gewinnt.

BR: Die letzten Umfragen spiegeln das aber noch nicht wieder.

Schmitt: Nach dem Wahlergebnis konnte man nicht mit besseren Werten rechnen. Noch einmal: Die Grundstimmung in der Partei ist kämpferisch positiv. Ganz nach dem Motto: Wir haben verstanden. Und

wir kämpfen dafür, Rot-Rot abzulösen. Und wenn Sie schon so auf die Zahlen achten: Aus Zahlen kann man alles und nichts lesen. Das Berliner Ergebnis war schlecht, aber kein wirklicher Ausreißer im Vergleich zu anderen Großstädten. Oder anders: Bei den Wahlen in Berlin 1999 lag die

SPD bei etwa 22 Prozent, bei der darauffolgenden Wahl stellte sie den Regierenden Bürgermeister. Oder auch die CDU. Bei der Bundestagswahl 1998 knapp 24 Prozent und ein Jahr später bei den Berlin Wahlen über 40 Prozent. Die Zeiten sind sehr schnelllebig geworden. Schauen Sie sich nur das Herumirren der Umfraginstitute vor dieser Bundestagswahl an. Im Übrigen lag die CDU Berlin noch vor wenigen Monaten in Berlin auf Platz 1 mit mehr als 30 Prozent. Kurzum: Bange

BR: Von allein wird sich aber kaum etwas ändern?

Schmitt: Ich habe es bereits gesagt. Der in den letzten Wochen eingeschlagene Weg festigt sich. Wir haben erkannt, dass wir bei jungen Wählern, Frauen und im Os-

gabe für fast alle anderen Politikfelder. Dass die Union in den Bereichen Innere Sicherheit, Wirtschafts- und Bildungspolitik die besseren Konzepte hat, glauben die Menschen uns auch, ohne dass wir das jeden Tag ausdrücklich betonen müssen. Mir wird übrigens immer das Zitat in den Mund gelegt,



Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt: „Das Lebensgefühl der Berlinerinnen und Berliner aufnehmen.“

ten der Stadt deutliche Defizite haben. Ein wichtiges Ergebnis dieser Wochen ist, dass wir wieder mehr das Lebensgefühl der Berlinerinnen und Berliner aufnehmen und in Politik umsetzen müssen. Zusammen mit der CDU-Fraktion hat die Berliner Union erste neue Ansätze beschlossen. Familienpolitik steht dabei an vorderer Stelle. Familienpolitik, wie sie eine Großstadt etwa mit vielen Alleinerziehenden braucht. Wir sagen, Politik für Familien ist eine wichtige Querschnittauf-

ich wolle die CDU wieder zur „Kleinen-Leute-Partei“ machen. Das waren zwar so nicht meine Worte, aber es gibt Schlimmeres, was man einem nachsagen kann.

BR: Auf die Frage, welcher Spitzenkandidat diese Politik den Menschen nahe bringen soll, sagen Sie seit langem das Gleiche. Bis zur Jahreswende werde eine Persönlichkeit gefunden, die zur Berliner CDU und zur Stadt passe und zu Personalspekulationen wollen Sie sich jetzt nicht mehr äußern.

Schmitt: Genauso ist es.

Familien in den Mittelpunkt

Fortsetzung von Seite 1

In dem beschlossenen Maßnahmenkatalog fordert die Berliner Union unter anderem eine deutliche Ausweitung der Kinderbetreuungsangebote, eine anzustrebende Kostenbefreiung der Kita-Plätze – möglichst von Beginn an, eine Erhöhung des Ange-

bots von Ganztagschulen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf insgesamt. Dabei wird vor allem gedacht an die Einrichtung von Betriebs-Kitas an Universitäten oder auch in Verwaltungen nach dem Vorbild vieler Wirtschaftsunternehmen, die auf das große Potential ihrer meist

weiblichen Mitarbeiter auch während des Kita-Alters des Nachwuchses nicht verzichten wollen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Abgeordnetenhaus Nicolas Zimmer betont: „Familienpolitik ist neben der Bildungs- und Wissenschaftspolitik eines der Zukunftsthemen überhaupt.“



In Kürze

Wall Street Journal:

Spitzenplatz für Merkel

Die designierte Bundeskanzlerin Angela Merkel gehört nach Einschätzung des „Wall Street Journal“ zu den einflussreichsten Politikerinnen weltweit. In der Rangliste „Top 50 Women to Watch“, die weibliche Verdienste in Politik und Wirtschaft auszeichnet, führt Merkel die Liste der Politikerinnen an.

Schavan: „Sprache ist der Schlüssel“

Die designierte Ministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, will die frühkindliche Bildung für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren fördern. Konkret gehe es darum, „den Bildungsauftrag der Kindergärten zu stärken“, sagte die CDU-Politikerin der „Berliner Zeitung“.

Neue Fachausschüsse der CDU Berlin

Konzepte und Positionen sollen die neuen Fachausschüsse erarbeiten. Der CDU-Landesverband hat zunächst vier eingerichtet, weitere sollen zur Vorbereitung der Abgeordnetenhauswahl 2006 folgen. Bisher gibt es: Fachausschuss „Lebenswerte Stadt“ (Vorsitz Alexander Rychter), Kultur (Prof. Christoph Stölzl), Schulpolitik und berufliche Bildung (Gerhard Schmid), Medien (Gabriele Wichtatzek)

Neue Aufgabenvergabe in der Fraktion

Andreas Gram und Kurt Wansner sind einstimmig zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner CDU-Fraktion gewählt worden. Auch Sprecherposten wurden neu besetzt: Stephan Tromp (Wirtschaft), Dr. Uwe Lehmann-Brauns (Kultur), Ralf Reppert (Stadtentwicklung), Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (Familienpolitik). Neuer Vorsitzender des Sportausschusses wird Dr. Frank Steffel.